



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 111. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. November 2025, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Beate Nielsen (CDU), in Vertretung von Rixa Kleinschmit

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Weitere Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:..... Seite

- 1. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2025 (2. Nachtragshaushalt 2025)..... 6**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 20/370
Überweisungsschreiben der Landtagspräsidentin vom 17. Oktober 2025 Umdruck 20/545

- 2. GMSH – Personelle Situation und weitere Herausforderungen durch das Investitionsprogramm der Landesregierung im Rahmen des Sondervermögens des Bundes..... 11**

Berichts Antrag der Abgeordneten Beate Raudies (SPD)
Umdruck 20/5388

- 3. Entwurf eines Gesetzes zur Digitalisierung des Mitbestimmungsrechts.....14**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 20/3173
Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Umdruck 20/5340
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 20/5515

- 4. a) Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 11 Absatz 1 Hochschulgesetz zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen 2026 bis 2029 der Landesregierung mit den staatlichen Hochschulen in Schleswig-Holstein..... 15**

Antrag der Landesregierung
Drucksache 20/3567

b) Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 11 Absatz 2 Hochschulgesetz zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen in der Hochschulmedizin für die Jahre 2026-2029 zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Universität zu Lübeck, der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein..... 15

Antrag der Landesregierung
Drucksache 20/3568

- 5. Bericht des Finanzministeriums zur Beihilfe-App..... 16**

Umdruck 20/5500

- 6. Entwicklung der Rücklagen..... 17**

Bericht des Finanzministeriums
Umdruck 20/5239

7. Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung des Forstgutsbezirkes Sachsenwald 18

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
SPD
Drucksache 20/3588

8. Information/Kenntnisnahme..... 19

Umdruck 20/5378 – Kita
Umdruck 20/5379 – Starkregenportal
Umdruck 20/5383 – Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein GmbH
Umdruck 20/5401 – über- und außerplanmäßige Ausgaben
Umdruck 20/5406 – Sprechzettel Förderfonds Investitionsbank
Umdruck 20/5419 – Institut für Weltwirtschaft Rücklagenabbau
Umdrucke 20/5421 und 20/5485 – Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen
Umdruck 20/5438 – Bericht des Bundesrechnungshofs zu Northvolt
Umdruck 20/5471 – Norddeutsches Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege
Umdrucke 20/5446 und 20/5491 – Northvolt

9. Verschiedenes..... 20

10. SPNV-Vergabe SH-Mitte..... 21

Vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums
vertraulicher Umdruck 20/5493

11. Bericht der Landesregierung zu den Verlusten bei Dataport im Rahmen des Projekts „Phoenix“ 22

Antrag der Abgeordneten Beate Raudies (SPD)
Umdruck 20/5410
Bericht von Dataport
Umdruck 20/5451

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss, die Umdrucke 20/5446 (Sprechzettel zu Northvolt/Lyten), 20/5473 (Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung), 20/5477 (Einzelplan 04), 20/5481 (Einzelplan 06) und 20/5493 (Vergabe SH-Mitte) vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2025 (2. Nachtragshaushalt 2025)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 20/3700](#)

Überweisungsschreiben der Landtagspräsidentin vom 17. Oktober 2025

[Umdruck 20/5456](#)

Finanzstaatssekretär Rabe führt in den Nachtragshaushalt ein.

Abgeordnete Raudies bittet die Landesregierung, dem Grundsatz von Haushaltswahrheit und -klarheit folgend die Ergebnisse der Steuerschätzung in den Nachtragshaushalt einzuarbeiten.

Abgeordnete Krämer äußert sich in die gleiche Richtung und erwartet, dass signifikante Unterschreitungen von Haushaltsansätzen im Nachtragshaushalt berücksichtigt würden.

Staatssekretär Rabe weist darauf hin, dass die Ressorts gehalten seien, wesentliche Änderungen gegenüber dem Haushaltsansatz zu melden, und im vierten Quartal noch Mittel abflößen. Die Folge der Steuerschätzung sei, dass man die geplante Kreditermächtigung nicht in Anspruch nehmen müsse, sondern die Belastung des Konjunkturkontos um rund 11 Millionen Euro zurückführen könne. Weitere Steuermehreinnahmen würden dazu führen, dass man die Kontobelastung weiter zurückführen könnte. Eine Anpassung des Nachtragshaushalts wäre aufwendig und brächte keine neuen Informationen für das Parlament.

Abgeordneter Brandt weist darauf hin, dass aktuelle Änderungen in der Nachschiebeliste beziehungsweise in den Haushaltsanträgen der Fraktionen aufgenommen würden.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, macht darauf aufmerksam, dass konjunkturelle Steuermehreinnahmen zur Tilgung auf dem Konjunkturausgleichskonto genutzt würden. Sie fragt, wer ausrechne, wie hoch die Konjunkturanteile der Steuermehreinnahmen seien und in welcher Höhe das Verhältnis von konjunkturellen und strukturellen Mehreinnahmen für das Haushaltsjahr 2026 prognostiziert werde.

Staatssekretär Rabe bietet an, die Berechnungen des Finanzministeriums zu erläutern. In die Nachschiebeliste werde man einen strukturellen Effekt von rund 50 Millionen Euro aufnehmen; zusätzliche Steuereinnahmen erhöhten die Einnahmeseite und damit auch den Ausgaben-spielraum.

Abgeordnete Krämer appelliert, zusätzliche Steuereinnahmen zur Schuldentilgung heranzuziehen und die neuen Verschuldungsmöglichkeiten nicht vollständig auszureizen.

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies zu Haushaltstiteln in Kapitel 09 15 – Gesundheit – (Seiten 46 und 47 des Nachtragshaushalts) erläutert Herr Strunk, Haushaltsbeauftragter des Justiz- und Gesundheitsministeriums, die Minderausgaben. Bei der HELIOS Fachklinik würden nicht alle vakant werdenden Stellen sofort nachbesetzt. Beim Krebsregister werde eine Rücklage aufgelöst. Bei der Pflegeausbildung würden manchmal nicht alle Pflegestellen besetzt.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Förderungen nach dem Standard-Qualitäts-Kosten-Modell (SQKM) an örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Seite 56) antwortet Herr Wilke, Leiter der Abteilung Kinder, Jugend und Familie im Sozialministerium, der Haushaltsansatz sei aufgrund zurückgehender Kinderzahlen um etwa ein Prozent gesenkt worden. Zum Thema Entwicklung der Kinderzahlen sei man mit den kommunalen Landesverbänden im Gespräch.

Auf eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zur Förderung der Tafeln (Seite 54) antwortet Frau Hesse, stellvertretende Abteilungsleiterin im Sozialministerium, ursprünglicher Zweck der Tafeln sei es, Lebensmittel zu retten und an Bedürftige zu verteilen. Der Bedarf der Bevölkerung an preisgünstigen Lebensmitteln sei hoch, das Angebot allerdings relativ beschränkt. Da

die investive Förderung des Landes nicht in dem kalkulierten Umfang in Anspruch genommen worden sei, habe man den Ansatz an das tatsächliche Fördervolumen angepasst.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zur Erstattung von Kosten der Jugendhilfe bei fehlendem gewöhnlichen Aufenthalt gemäß §§ 89, 89 a - e SGB VIII (Seite 62) erwidert Herr Wilke, der Ansatz sei unglaublich schwer zu kalkulieren. Das Land gewähre Abschläge, und die örtlichen Träger der Jugendhilfe hätten vier Jahre Zeit, ihre Kostenrechnung beim Ministerium einzureichen. Aktuell liege eine ganze Reihe von Abrechnungen vor, die man möglichst noch in diesem Jahr begleichen wolle. – SPD, FDP und Rechnungshof sprechen sich dafür aus, den Abrechnungszeitraum zu verkürzen.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Krämer zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements (Seite 63) erwidert Herr Rathjen aus dem Haushaltsreferat des Sozialministeriums, die Mittelaufstockung sei auf die gestiegene Zahl der Anträge und höhere Einzelfallkosten durch die Tarifsteigerung zurückzuführen.

Die Abgeordneten Herdejürgen und Krämer fragen zur Dekarbonisierung der Wirtschaft (Seite 21), für welche Projekte die Haushaltsmittel veranschlagt und warum die Mittel nicht im Rahmen der alten Förderperiode verausgabt worden seien.

Herr Rosenthal, Haushaltsbeauftragter des Wirtschaftsministeriums, verweist auf Northvolt und das Auslaufen der TCTF-Förderung und kündigt an, im Haushaltsentwurf 2026 auf die aktuelle Entwicklung zu reagieren. 2025 habe es für die Förderung der Dekarbonisierung der Wirtschaft keinen Förderbescheid gegeben und würden die Mittel nicht benötigt. Im Juli 2025 sei noch nicht klar gewesen, dass die Haushaltsmittel 2025 nicht gebraucht würden. – Finanzstaatssekretär Rabe weist darauf hin, dass eine Bundesförderung daran hänge und man im Juli 2025 zu mehr als 50 Prozent davon ausgegangen sei, dass die Mittel flössen.

Abgeordnete Krämer bittet das Bildungsministerium, die Kürzung des Haushaltsansatzes bei Titel 07 20 – 685 06 – Hochschulvereinbarung Schleswig-Holstein – schriftlich zu erläutern.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu den mobilen Schlachthanlagen (Titel 08 02 – 892 32) erwidert Herr Sjuts, Haushaltsbeauftragter des Landwirtschaftsministeriums, für dieses Förderprogramm sei die Nachfrage nicht in dem erhofften Umfang gegeben.

Abgeordneter Siebke macht darauf aufmerksam, dass die Problematik nicht in den Förderbedingungen, sondern in den veterinärrechtlichen Vorgaben liege (Einhaltung der Kühlketten).

Frau Seemann, Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs, steht auf dem Standpunkt, dass eine erhöhte Förderquote das Problem nicht lösen werde.

Bei Titel 11 11 – 359 07 – Zuführung von nicht mehr benötigten Rücklagenbeständen an den Landeshaushalt – bekräftigt Abgeordnete Krämer ihre Kritik an der Rücklagenbildung der Landesregierung. Es sei nicht in Ordnung, dass sich die Landesregierung bei der Veranschlagung der Personalkosten um 150 Millionen Euro „verschätzt“ habe.

Staatssekretär Rabe begründet die Bildung der Personalkostenrücklage mit den finanziellen Auswirkungen des Tarifabschlusses, deren genaue zeitliche Wirksamkeit nicht klar gewesen sei.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zur Kürzung des Ansatzes bei Titel 12 20 – 517 91 – Bewirtschaftungsleistungen an die GMSH – antwortet Staatssekretär Rabe, mit einer tendenziellen Reduktion der Kostensteigerungen rechne man auch im Haushaltsjahr 2026.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer erklärt Herr Heydt, Haushaltsbeauftragter des Umweltministeriums, die Kürzung der Ansätze in Kapitel 13 20, Maßnahmegruppe 01 – Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes – und Titel 681 02 – Erschwernisausgleich Pflanzenschutz –, damit, dass die Haushaltsmittel nicht in der geplanten Größenordnung abfließen. Für die Förderung des Ökolandbaus könne man EU-Mittel einsetzen, und der Erschwernisausgleich Pflanzenschutz sei vom Bund auf Naturschutzgebiete beschränkt worden.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 13 20 – 893 07 – An Stiftungen und sonstige Maßnahmen des nicht-produktiven investiven Naturschutzes – räumt er ein, dass die Umsetzung bestimmter Maßnahmen schwieriger sei, als es sich die Politik erhofft habe.

(Sitzungsunterbrechung von 11:37 bis 11:47 Uhr)

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von SPD und FDP empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache [20/3700](#) anzunehmen.

2. GMSH – Personelle Situation und weitere Herausforderungen durch das Investitionsprogramm der Landesregierung im Rahmen des Sondervermögens des Bundes

Berichts Antrag der Abgeordneten Beate Raudies (SPD)
[Umdruck 20/5388](#)

Staatssekretär Rabe führt aus, die Finanzministerin habe die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zur Durchführung des Gesetzes zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (LuKIFG) unterschrieben und das Land mit den Kommunen Vereinbarungen getroffen. Die auf Schleswig-Holstein entfallenden Investitionsmittel (insgesamt 3,4 Milliarden Euro) würden über die Nachschiebeliste in Einzelplan 16 abgebildet. Das Land habe ein eigenes Sanierungsprogramm beschlossen und sich mit dem Bundesverteidigungsministerium auf ein Maßnahmenpaket geeinigt.

Frau Kirchmann, Geschäftsführerin der GMSH, berichtet, man habe bereits im Jahr 2024 eine Reorganisation im Geschäftsbereich Landesbau in die Wege geleitet und auf eine liegenschaftsbezogene Organisation umgestellt. In fünf Fachbereichen sei jeweils ein Pool von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für bestimmte Liegenschaften zuständig und habe einen Blick auf die gesamte Liegenschaft. Durch die Bündelung von Maßnahmen und das Abstellen auf größere Projekte wolle man mehr Effizienz erreichen, teilweise mithilfe freiberuflich Tätiger. Außerdem habe man den Bereich Landesbau dadurch entlastet, dass man die Zuständigkeit für kleine Bauunterhaltungsmaßnahmen in den Bereich Gebäudebewirtschaftung verschoben habe. Die Weiterentwicklung des entsprechenden Controllings diene dazu, die Investitionsplanung, die Mittelabflussplanung und Nachsteuerungsbedarfe zu verbessern. Gemeinsam mit dem Finanzministerium wolle man die Bauplanung im Ablauf optimieren. Dass man 2025 keinen zusätzlichen Personalbedarf angemeldet habe, liege daran, dass man erst einmal die vorhandenen Stellen besetzen wolle; die Herausforderungen lauteten hier Fachkräftemangel und Einarbeitung. Bei der Vergabe von größeren Aufträgen wolle man mehr mit Generalunternehmen oder Totalunternehmen arbeiten, um leichter Nachsteuerungen vornehmen und Baustopps vermeiden zu können. Schließlich habe man Portfoliokonzepte für 17 Cluster erstellt, um eine größere Verlässlichkeit bei der Planung zu erreichen.

Die Abgeordneten Raudies und Krämer fragen, ob die GMSH die deutlich wachsenden Investitionsbedarfe, zum Beispiel bei der Bundeswehr, tatsächlich ohne Personalaufwuchs umsetzen

könne, wie sie mit der an verschiedenen Stellen im Land geäußerten Kritik (zum Beispiel Hochschulen, Landeshaus) umgehe und welche konkreten Verbesserungsmaßnahmen sie ergreife.

Frau Kirchmann erwidert, die GMSH stelle laufend Personal ein, ein Personalaufwuchs hänge von der Umsetzung der Portfoliokonzepte ab. Die Schwierigkeiten bei den Baumaßnahmen im Landeshaus seien auch darin begründet, dass man die Bauleitung an freiberuflich Tätige vergeben habe. Man arbeite hier an Verbesserungen. Wenn die Umsetzung von Baumaßnahmen ins Stocken gerate, liege das oftmals daran, dass Bedarfe und Projekte im Laufe des Prozesses seitens der Nutzer verändert würden. Dass die Umsetzung von Baumaßnahmen der Bundeswehr so lange dauere, liege maßgeblich an den Entscheidungsabläufen der verschiedenen Bundesbehörden. Selbstverständlich werde man weiter an der Verbesserung der Abläufe der GMSH und der Kommunikation mit den Nutzern arbeiten; mit den Hochschulen sei sie im Austausch.

Der Vorsitzende fragt, inwieweit die GMSH Instrumente zur Messung der Kundenzufriedenheit und Evaluation von Projekten anwende.

Frau Kirchmann äußert, konkrete Bewertungspools habe die GMSH nicht. Man führe mit den großen Kunden (Ministerien, Hochschulen, Polizei, Justiz) Gespräche. – Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Raudies stellt sie klar, die GMSH werde ihren Personalkörper sowohl im Landesbau als auch im Bundesbau mit Blick auf die Steigerung der Investitionstätigkeit gegenüber dem jetzigen Wirtschaftsplan ausbauen müssen. Aufseiten des Bundes fehle gegenwärtig Planungsverlässlichkeit; es könne sein, dass mit der Ertüchtigung von Kasernen und Unterakunftsgebäuden der Bundeswehr nicht die GMSH beauftragt werde. Bisher fehle der GMSH die Grundlage für eine Kapazitätsplanung. Die Eigenerledigungsquote der GMSH solle weiter gesenkt werden.

Staatssekretär Rabe bestätigt, dass das Land im Moment nicht mehr genau wisse, welche Bedarfe vonseiten des Bundesverteidigungsministeriums auf es zukämen.

Abgeordneter Habersaat wünscht sich, dass Hochschulen und GMSH gemeinsam formulierten, wie die Lage im Hochschulbau sei, welche Herausforderungen es gebe und wie viel Geld das Land zur Verfügung stellen müsste.

Staatssekretär Rabe merkt an, dass er im Austausch mit Wissenschaftsstaatssekretär Wendt und den Hochschulen stehe.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Digitalisierung des Mitbestimmungsrechts

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/3173](#)

(überwiesen am 23. Mai 2025 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/4927](#), [20/4976](#), [20/5025](#), [20/5039](#), [20/5045](#),
[20/5047](#), [20/5051](#), [20/5057](#), [20/5058](#), [20/5059](#), [20/5063](#), [20/5067](#),
[20/5069](#), [20/5079](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 20/5340](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck [20/5515](#)

Der SPD-Änderungsantrag wird mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Koalition wird einstimmig angenommen.

Im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung der SPD, den Gesetzentwurf Drucksache [20/3173](#) mit den Änderungen aus Umdruck [20/5515](#) anzunehmen.

4. a) **Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 11 Absatz 1 Hochschulgesetz zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen 2026 bis 2029 der Landesregierung mit den staatlichen Hochschulen in Schleswig-Holstein**

Antrag der Landesregierung
[Drucksache 20/3567](#)

- b) **Antrag auf Zustimmung des Landtages gemäß § 11 Absatz 2 Hochschulgesetz zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen in der Hochschulmedizin für die Jahre 2026-2029 zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Universität zu Lübeck, der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein**

Antrag der Landesregierung
[Drucksache 20/3568](#)

(überwiesen am 26. September 2025 an den **Bildungsausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/5346](#), [20/5352](#), [20/5353](#), [20/5354](#), [20/5356](#),
[20/5357](#), [20/5358](#), [20/5359](#)

Einstimmig schließt sich der Finanzausschuss im Vorwege den Voten des federführenden Bildungsausschusses an.

5. Bericht des Finanzministeriums zur Beihilfe-App

[Umdruck 20/5500](#)

Abgeordnete Raudies fragt das Finanzministerium, wie viele Menschen die bisherige Beihilfe-App genutzt hätten und was diese gekostet habe.

Auf eine Frage des Vorsitzenden teilt Herr Vaneeckhoudt Jahn, Leiter des Amts für Informationstechnik, mit, zum Thema Beihilfeabrechnung habe es Gespräche zwischen Land und Kommunen gegeben, zu der Entwicklung einer gemeinsamen Lösung sei es allerdings nicht gekommen.

Der Ausschuss nimmt Umdruck 20/5500 zur Kenntnis.

6. Entwicklung der Rücklagen

Bericht des Finanzministeriums
[Umdruck 20/5239](#)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**7. Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung des Forstgutsbezirkes
Sachsenwald**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD

[Drucksache 20/3588](#)

(überwiesen am 26. September 2025 an den **Innen- und Rechtsaus-
schuss** und Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke [20/5341](#), [20/5400](#), [20/5435](#), [20/5488](#)

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies teilt Innenstaatssekretär Dr. Hogrefe mit, mögliche Gewerbesteuernachzahlungen, die den Wirtschaftsjahren bis einschließlich 2025 zuzurechnen seien, müssten nach Artikel 1 § 3 Satz 2 des Gesetzentwurfs durch die Eigentümer der Flächen erfolgen und nicht durch die aufnehmenden Gemeinden. Der Gesetzentwurf bilde eins zu eins das ab, was sich die kommunale Ebene gewünscht habe. Der Innen- und Rechtsausschuss werde noch das Amt anhören. Wenn ein Flurstück „vergessen“ oder nicht klar zugeteilt worden sei, werde es der Gemeinde Aumühle zugeschlagen.

Abgeordneter Brandt kündigt zu einem „vergessenen“ Flurstück einen Änderungsantrag an.

Einstimmig schließt sich der Finanzausschuss im Vorwege den Voten des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an.

8. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 20/5378](#) – Kita
[Umdruck 20/5379](#) – Starkregenportal
[Umdruck 20/5383](#) – Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein GmbH
[Umdruck 20/5401](#) – über- und außerplanmäßige Ausgaben
[Umdruck 20/5406](#) – Sprechzettel Förderfonds Investitionsbank
[Umdruck 20/5419](#) – Institut für Weltwirtschaft Rücklagenabbau
[Umdrucke 20/5421](#) und [20/5485](#) – Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen
[Umdruck 20/5438](#) – Bericht des Bundesrechnungshofs zu Northvolt
[Umdruck 20/5471](#) – Norddeutsches Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege
[Umdrucke 20/5446](#) und [20/5491](#) – Northvolt

Zu den Umdrucken 20/5421 und 20/5485 (Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen) bittet der Vorsitzende die Landesregierung, dem Finanzausschuss mitzuteilen, wie die Gelder unter den Kommunen aufgeteilt würden.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

9. Verschiedenes

Am 7. November 2025 beginnen die Haushaltsberatungen gemeinsam mit den betroffenen Fachausschüssen.

Der folgende Tagesordnungspunkt wird gemäß § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Geschäftsordnung nicht öffentlich und **vertraulich** beraten (siehe vertraulichen Teil der Niederschrift).

10. SPNV-Vergabe SH-Mitte

Vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums
[vertraulicher Umdruck 20/5493](#)

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3
Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 GeschO)

11. Bericht der Landesregierung zu den Verlusten bei Dataport im Rahmen des Projekts „Phoenix“

Antrag der Abgeordneten Beate Raudies (SPD)

[Umdruck 20/5410](#)

Bericht von Dataport

[Umdruck 20/5451](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird nach der gestrigen Aussprache im Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss für erledigt erklärt.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 13:35 Uhr.

gez. Christian Dirschauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer